

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 91

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bezogen 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weggelassen.

Hachenburg, Freitag, den 19. April 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgezeigte Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln

17. April. An der Mardernfront wird Passchendaele
erobert. Die Briten haben unter schweren Verlusten
die Somme befreit. — In der macedonischen
Front werden von den Bulgaren 155 Engländer gefangen.

Baron Burian, Czernins Nachfolger.

Budapest, 17. April. Kaiser Karl hat den
gemeinsamen Finanzminister Baron Burian
von Rajecz zum Hausminister und zum
Minister des Äußeren ernannt.

Nachfolger des Grafen Czernin ist nun ein Mann ge-
wesen, der in der Erörterung über den vermittelnden Leiter
der Donaumonarchie fast gar nicht genannt

wurde. Und
auch ist seine
Ernennung keine
Versteckung;

vielmehr im Ver-
trauen des Streites
an. Clemen-

tiere, die unmerklich
in Wien und
in der Se-

heimen ver-
schoben sind, konnte
man erleben, dass

die Bündnis-
politik eine starke
Umkehr erfuhr.

Man muss also,
während des
Krieges diese
diplomatische

als noch schärfer
dabei hat, war
regelmäßig.

Baron Burian, der
von 1915 bis

1916 die äußere Politik der Donaumonarchie
leitete, hat also das Gegenteil von dem
gemacht, was er erreichen wollte. Die Person des Ministers
hat gewechselt, der Kurs bleibt der alte.

Die Ernennung Barons Burians ist als eine Verkräftigung
von Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm gerichtet
und anzuwenden. Die ungestörte Fortführung der
Politik wird durch die Bemerkungen bestätigt, die
der ungarischen amtlichen Veröffentlichung an die
Welt von der Ernennung des Barons v. Burian ge-
hen werden. Als Grund für sie wird ausdrücklich
die Vergangenheit des neuen Mannes an-
geführt, der in alle schwebenden Fragen eingeweiht ist.

Baron Burian, der gegenwärtig im 67. Lebensjahre
steht, hat den größten Teil seiner diplomatischen Laufbahn
in Wien und auf dem Balkan zugebracht, er kennt
gerade diejenigen Verhältnisse sehr genau, deren
Lösung durch den Ostfrieden brennend geworden ist.

Das innigste vertraut ist er namentlich mit der süd-
östlichen Frage, mit der er sich als oberster Verwaltungs-
beamter und der Herzogin jahrelang beschäftigt
hat und jetzt noch beschäftigen muss. In Deutschland
hat die Ernennung Burians mit Genehmigung be-
standen, während seiner Tätigkeit als Minister des
Äußeren hat er stets Wert darauf gelegt, alle politischen
Verhältnisse, die so auf Jahrzehnte hinaus das Schicksal
des Reiches beeinflussen, in enger Fühlungnahme mit der
Reichsleitung zu fassen. Man wird also seiner
Führung in Deutschland vollstes Vertrauen entgegen-
bringen.

Rücktritt des Kabinetts Weterle.

Budapest, 17. April.
Das Kabinett Weterle hat beschlossen, seine Demission
einbringen. Die Entscheidung des Kaisers ist noch nicht
gefallen. Es gilt als möglich, dass Weterle mit der Neu-
bildung des Kabinetts betraut wird.

Der Beschluss des Kabinetts wurde in einer Minister-
konferenz, in der zum Ausdruck kam, dass die der-
zeitige Regierung nicht über die Mittel verfügt, die Wahl-
reform durchzuführen. Weterle wird wahrscheinlich —
nachdem er mit Tisza — das Kabinett umbilden,
das die Opposition Zugeständnisse macht, werden
nicht werden. Man hofft in politischen Kreisen, dass
der Weg für die Wahlreform endgültig geebnet ist.

Politische Bündnisse.

Deutsches Reich.

Die Abordnung der vereinigten Landesräte von
Preußen, Ostpreußen, Posen und Danzig ist jetzt in Berlin
eingetroffen. Die Abordnung, die außer Deutsch-Polen

auch Litauen und Letten angehören, wird vom Reichskanzler
nach dessen Rückkehr aus dem Hauptquartier empfangen
werden, und ihm bei dieser Gelegenheit die bekannten
Wünsche ihrer Heimat nach einem engen Anschluss an das
Deutsche Reich, wie sie bereits in der Huldigungsdepeche
an den Kaiser zum Ausdruck kamen, aussprechen.

Der Hauptausschuss des Reichstags beschäftigte sich
Mittwoch weiter mit dem Haushaltsvoranschlag für die
Marineverwaltung, wobei Staatssekretär v. Capelle auf
verschiedene Ausführungen der Abgeordneten erwiderte,
persönlich sei er kein Gegner der Beamtenausschüsse, aber
er könne in dieser Richtung jetzt keinerlei Zusicherung
geben. Bei der Abstimmung werden die angeforderten
Intendanturkosten gestrichen, nur fünf Intendantursekretäre
bewilligt, der Antrag über die Beamtenausschüsse an-
genommen, die einmaligen Ausgaben ohne Erörterung ge-
nehmigt. Damit ist der Marineetat erledigt.

In der Verordnung des Bundesrats über „Naf-
nahmen zur Beschränkung des Fremdenverkehrs“, die
jetzt veröffentlicht wird, lautet die wichtigste Bestimmung
darin, dass die Landeszentralbehörden mit Zustimmung
des Reichskanzlers Bestimmungen erlassen können, durch
die der Aufenthalt, die Beherbergung und der Zugang ort-
fremder Personen in Heilbädern, Kurorten und Erholungs-
plätzen sowie in solchen Orten, die weniger als 6000 Ein-
wohner zählen, in der Zeitdauer oder in anderer Weise
beschränkt werden. Bei den entsprechenden Bestimmungen
der Landeszentralbehörden zuwiderhandelt, wird mit Geld-
strafe bis zu 1500 Mark oder mit Haft bestraft.

Das Mitglied des Kriegsernährungsamts Ruppert
hielt in Dresden einen Vortrag über den Stand unserer
Ernährungsaussichten. Er wies dabei auf die Ver-
schiebung einzelner Bundesstaaten auf ihre Lebensbedin-
gungen hin. Herr Ruppert kündigte ferner an, dass möglicherweise
eine Verringerung der Brotproduktion zeitweise eintreten
müßte, falls die Vorräte aus der Ukraine nicht rechtzeitig
und nicht in genügendem Maße eintreffen. Die Ratio-
nierung von Brot und Fleisch werde noch jahrelang
dauern.

Großbritannien.

Die Lösung der irischen Frage soll nun auf der
Grundlage zustande kommen, dass die Wehrpflicht in
Irland nicht eingeführt wird, ehe nicht die Selbst-
verwaltung eingeführt ist. Lord George droht mit
seinem Rücktritt, wenn das Oberhaus die Selbstverwaltung
für Irland ablehnt. Damit bekennt Lord George, dass er
den Iren gegenüber eine Niederlage erlitten hat, und dass
er ohne die Selbstverwaltung für Irland über die Dienst-
pflichtfrage hinaus müßte.

Russland.

Eine Trennung Petersburgs von Moskau soll nach
französischen Berichten vom Petersburger Sowjet geplant
sein. Aus den Gouvernements nördlich der Wolga und
Kama soll eine neue nordrussische Republik mit der Haupt-
stadt Petersburg gebildet werden. Die innere Lage
Russlands soll nach übereinstimmenden Berichten geradezu
entsetzlich sein. Handel und Verkehr stocken gänzlich; die
Arbeit liegt überall still. Die Ernährungsverhältnisse
wachsen mit jedem Tage.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 17. April. Der Kaiser hat gestern den Staats-
sekretär v. Kühlmann zum Vortrag empfangen.

Dessau, 17. April. Zur Erkrankung des Herzogs von
Anhalt heißt es in einer Erklärung der behandelnden Ärzte,
dass Grund zur unmittelbaren Besorgnis nicht vorliegt.

München, 17. April. In der bayerischen Abgeordneten-
kammer erklärte der Minister des Innern, dass Bayern sich im
Bundesrat gegen die vom Reich verordnete Herabsetzung der
Brotgetreidemenge für landwirtschaftliche Betriebe aus-
gesprochen habe. Eine Aufhebung der Selbstversorgung ist
nicht geplant.

Wien, 17. April. Kaiser Karl ist von Budapest hierher
zurückgekehrt.

Osaka, 17. April. „Morningpost“ meldet aus Madrid den
Abbruch eines deutsch-spanischen Handelsvertrages,
der den Austausch gewisser Waren über Schweizer Gebiet
vorzies.

Sankt Petersburg, 17. April. Der frühere holländische Gesandte in
Amerika Harvard erklärte in einer Unterredung, Holland
würde aus Amerika nur wenig Getreide erhalten, da
Amerika für sich selbst und seine Verbündeten sorgen müßte.

Rotterdam, 17. April. Das englische Kriegsausschüsse
hat des Völkern Lichtnovellen Aufzeichnungen als Flug-
blatt mit der Überschrift „Schuldig“ herausgegeben.

Amsterdam, 17. April. In der holländischen Zweiten
Kammer gab die Regierung die Erklärung ab, sie werde unter
seinen Umständen die (wegen der Lebensmittelpenurie viel-
fach geforderte) Ausweisung von Ausländern verweigern.

Wien, 17. April. Kaiser Wilhelm hat der St. Joh.-
Gilde, dem Völkern Komitee und der Kaufmannskammer für
ihre Huldigungsgeste seinen Dank ausgesprochen.

Warschau, 17. April. Die aus der Schweizer Presse
stammende Nachricht, dass in Petersburg eine polnische
Gelandtschaft errichtet worden ist, entspricht nicht den
Tatsachen.

Warschau, 17. April. Nach dem „Kurier Warszawski“ ist

der Termin der Einberufung des Reichstages auf den
3. Mai festgesetzt worden.

Paris, 17. April. Solo Pascha ist heute Morgen in
Succunnes erschossen worden.

Bern, 17. April. Die französische Presse beschäftigt sich
noch immer mit dem Briefe Kaiser Karls und erklärt, die
Dauerfrage sei, warum der Schritt des Kaisers keine Folgen
gehabt habe.

Deutscher Reichstag.

(147. Sitzung.) CB. Berlin, 17. April.
Vor sehr schwach besetztem Hause trat heute der Reichstag
in die Beratung des

Haushaltsantrages für die Postverwaltung

ein. Es liegt ein Beschlus des Hauptausschusses über eine
Ergänzung des Befoldungsgegesetzes vor, wodurch vornehmlich
die Gehälter der gehobenen Unterbeamten verbessert werden
sollen.

Abg. Meyer-Herford (natl.) berichtet über die Ausfüh-
rungsverhandlungen. Diese Ergänzung des Befoldungsgegesetzes be-
trifft die Reichstags schon 1914, leider ist ihr aber der Bundes-
rat nicht beigetreten, da er sie während des Krieges für
unburchführbar hielt. Wir sind anderer Meinung und erheben
die Forderung von neuem. Redner begrüßt dann den neuen
Staatssekretär und macht Mitteilungen über den gestiegenen
Postverkehr. 1917 sind durchschnittlich täglich nach demelde
10,5 Millionen Briefsendungen und 1,9 Millionen Wägen
ausgegeben worden. Bei den Feldpostanstalten wurden täglich
6,8 Millionen Briefsendungen aufgegeben. Der gesamte Feld-
postverkehr umfasste 17 Milliarden Sendungen im Jahre 1917.

Staatssekretär des Reichspostamts Nödlin: Die Mehr-
ausgaben entfallen im wesentlichen auf den ordentlichen
Etat und zwar in der Hauptsache auf die erhöhten
Tabakzinsen und den Fernsprecheverkehr. Im außerordentlichen
Etat entstehen die Mehrforderungen hauptsächlich durch die
Kriegsunterstützungskasse. Bei der Einrichtung neuer Stellen
waren wir zwar imstande, die Zahl der angestellten Beamten
hat zugenommen. Dabei steht nicht immer der rechte Mann
auf dem rechten Platz, trotzdem fallen die Postdien-
stleistungen nicht ausschließlich den Beamten zur Last.
Die Postbeförderung durch die Strassenbahnen hat sich be-
währt, wir wollen sie auch im Frieden beibehalten. Die Lage
der Postbeamten soll dadurch gebessert werden, dass die Ge-
hälter möglichst in Einklang mit den Lebensverhältnissen
gebracht und gehalten werden. In diesem Jahr soll dem
Personal auch wieder der volle Erholungsurlaub wie vor dem
Kriege gewährt werden. (Beifall.)

Abg. Naden (Zentr.) dankt dem Dank des Bericht-
erstatters für die großen Leistungen der Postverwaltung an
und gedenkt der Post- und Telegraphenbeamten, die ihr Leben
vor dem Feinde für das Vaterland gelassen haben. Das
Hauptaugenmerk der Post müsse jetzt auf Verhütung der vielen
Diebstähle gerichtet sein, die nicht immer auf bösen Willen,
sondern oft auch auf die Not der Hilfsangehörigen zurückzu-
führen seien. Der von der Post geleistete Schadenerlass sei
von 300 000 Mark im Jahre 1914 auf 3,1 Millionen Mark im
Jahre 1917 gestiegen. Redner klagt dann noch über die Ver-
zögerung, die viel zu langsam sei, so dass zahlreiche Lebens-
mittel verdirben.

Staatssekretär des Reichspostamts Nödlin: Die gewis-
bedauerlichen Postdiebstähle werden so lange nicht ver-
hindert werden können, als wir kein eingearbeitetes, zuverlässiges
Personal haben. Viele Sendungen gehen übrigens schon auf
dem Wege zur Post, viele auf der Eisenbahn verloren. Die
6 Mark für ein Kilo verloren gegangener Sendungen, die von
der Post als Schadenerlass gezahlt werden, sind natürlich ein
unzulänglicher Ersatz, aber während des Krieges kann das
Entschädigungsgegesetz nicht geändert werden.

Abg. Landadel (Soz.): Die Postdiebstähle sind auf die
mangelnde des Krieges gekunkene Moral zurückzuführen. Ent-
scheidend zu verwerfen sind Einschränkungen der Postfreiheit
für Feldpostsendungen. Nicht angebracht ist die Wiederein-
führung von Stimmzetteln für Postbeamte.

Abg. Endrich (Soz.): Dass der neue Staatssekretär nicht
vom Bau ist, ist kein Unglück. Gerade die vielbespöittelte Ara
des Postgeneral v. Bobbelski war reich an großzügigen
Vollreformen. Wir vertrauen dem neuen Staatssekretär.

Das Haus verlegt sich darauf auf morgen 8 Uhr.

Die neuen Steuervorlagen.

Ein Überblick.

Branntwein-Monopol — Biersteuer — Weinksteuer — Er-
höhung der Schenkungssteuer — Besteuerung von Mineral-
wässern und künstlich bereiteten Getränken — Erhöhung der
Postgebühren — Kriegssteuern für Gesellschaften — Höherer
Reichs- und Wechselstempel — Umsatzsteuer — Verhütung
der Steuerflucht.

Soeben sind dem Reichstag die vom Bundesrat ge-
nehmigten Steuervorlagen zur Beratung zugegangen. Die elf Vor-
lagen bilden ein stattliches Bündel und enthalten viele
hundert Paragraphen, aus denen nachfolgend eine Gesamt-
übersicht über das geplante Werk der Stärkung der Reichs-
finanzen gegeben sei. Der Reichshaushalt für das eben
begonnene Etatsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von
2,875 Milliarden (gegen 1,250 Milliarden im Vorjahre).
Die neuen Steuern sollen nur diesen Fehlbetrag decken.
Deshalb sind auch die jetzigen Steuern, wenn sie durch
Annahme im Reichstage Wirklichkeit werden, nur als eine
einstweilige Aushilfe zu betrachten, da nach dem Kriege
im ersten Friedenshaushalt natürlich wieder die Ausgaben
für die jetzt aus den besonderen Kriegsfonds gespeisten
Heer und Flotte erscheinen werden. Dazu treten
dann die Aufwendungen für den Ausbau, für die Kriegs-

Schädigten- und Hinterbliebenen-Fürsorge, die Vergütung der Kriegsanleihen und die Neuordnung der Beamtengehälter. Kann es sich also nur um eine vorläufige Regelung handeln, so wird doch auf einzelnen Gebieten gründlich und anscheinend für absehbare Dauer auch erschöpfend eingegriffen.

Branntwein-Monopol.

Zum erstenmal erscheint damit ein Reichsmonopol in der Steuerleggebung. Der Vorschlag läuft im wesentlichen auf die Verstaatlichung der Spirituszentrale hinaus. Die Monopolverwaltung besteht aus einer Behörde, dem Monopolamt, und einer G. m. b. H. nach dem Muster vieler Kriegsgesellschaften. Die Menge der Destillateure wird durch eine beschränkte Anzahl großer staatlicher Anstalten abgelöst. Die Entschädigung der Destillateure verteilt sich auf 10 Jahre und wird sehr bald aus eigenen Mitteln des Monopols erfolgen können, so daß zurzeit nur eine Anleihe von 50 Millionen erforderlich erscheint. Bei der Preisfestsetzung wird der Branntwein außerordentlich stark angefaßt. Aus dem Hektoliter sollen nur 800 M. herausgezogen werden. Ein Zehntel der Branntweinherzeugung bleibt vom Monopol unberührt und der Herstellung der feinen Bäder vorbehalten, von denen eine Vandalensteuer von 1 M. pro Liter erhoben werden wird. Der Monopolpreis für Trinkbranntwein wird nur für die Flasche festgesetzt. Zum Schutze der Verbraucher werden auch ganz kleine Flaschen in den Handel eingeführt werden. Der Gesamttrag soll 847 Millionen jährlich sein, gegenüber der jetzigen Abgabe ein Mehr von 641 Millionen.

Biersteuer.

Bei diesem Vorschlag ist man von der Rohstoffsteuer zu einer Fabriksteuer übergegangen mit Rücksicht darauf, daß sich der Malzgehalt in den letzten Jahren gewaltig verringert hat (von 19 Kilogramm Malz auf ein Hektoliter im Jahre 1918 auf 6,24 Kilogramm im Jahre 1917). Die Sätze werden gestaffelt, so daß kleinere Brauereien weniger getroffen werden als die Großbrauereien. Für Starkbier wird ein Zuschlag von 50%, für Einfachbier ein ebenso hoher Abschlag eingeführt. Neu ist die Festsetzung der Erzeugung, bei deren Überschreitung Zuschläge von 50 bis 100% zu zahlen sind. Der Ertrag der Steuer ist für die Brauereigemeinschaft auf 401 Millionen, für die Ausgleichsbeträge der süddeutschen Bundesstaaten auf 104 Millionen, von dem gleichzeitig erhöhten Bierzoll auf 8 Millionen geschätzt, im ganzen also auf 513 Millionen gegenüber einem Friedensbetrag von 330 Millionen.

Wein- und Schaumweinsteuer.

Die bekanntlich vom Reichstag bisher immer wieder abgelehnte Weinsteuer ist eine einheitliche Wertsteuer in Höhe von 20%. Nicht nur Traubenweine und Traubenmost, sondern auch weinähnliche Getränke, Obst- und Beerenweine und weinhaltige Getränke wie Vermouth-Wein, sind zu versteuern. Die vorgesehene Nachsteuer trifft auch Weine im Privatbesitz, sobald die Kellervorräte mehr als 30 Flaschen betragen. Der Ertrag wird auf 100 Millionen geschätzt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der bisherige Widerstand der Erzeuger nicht mehr gerechtfertigt erscheint, zumal angesichts der gewaltigen Verteuerung des Weines gerade in den letzten Jahren, wo stellenweise ein Fuder Rheinwein von 500 M. auf 5000 M. gestiegen ist, und angesichts der günstigen Wirtschaftslage der Winzer (im Bezirk Erler ist in den Gemeinden von weniger als 2000 Einwohnern von 1916 auf 1917 der Einkommensteuerertrag durchschnittlich um 48% gestiegen). Gleichzeitig mit der Einführung der Weinsteuer wird die bisher gestaffelte Schaumweinsteuer einheitlich auf einen Satz von 3 M. pro Flasche gebracht und die Vandalen durch Kellerkontrolle ersetzt (geschätzter Mehrertrag 20 Millionen).

Mineralwässer und künstliche Getränke.

Um nicht den Ertrag der Steuer aus den alkoholhaltigen Getränken von vornherein zu gefährden, soll auch eine Besteuerung der alkoholfreien Getränke eingeführt

werden, d. h. der natürlichen und künstlichen Mineralwässer (2% Pf. für die Halbliterflasche), Limonaden (6 Pf.) und der konzentrierten Mineralwässern, Sprudel usw. (60 Pf. pro halber Liter). Der Reinertrag ist mit 51 Millionen veranschlagt. In diesem Zusammenhang erhöhen sich auch die bisherigen Kaffee-, Tee- und Kakao-Zölle (Mehrertrag 75 Millionen).

Erhöhung der Postgebühren.

Die Gebühren für den Postverkehr, die schon einmal im Laufe des Krieges erhöht, sollen eine abermalige Steigerung erfahren. Ortsbriefe sollen künftig bis 20 Gramm 10 Pf., darüber 15 Pf. kosten. Die Postkarte soll sich im Ortsverkehr auf 10 Pf., im übrigen auf 15 Pf. verteuern. Die Drucksachen bis 50 Gramm von 3 auf 5 Pf., bis 100 Gramm von 5 auf 7 1/2 Pf., über 100 Gramm von 10 auf 15 Pf. usw. Für Geschäftspapiere, Warenproben und Musterzeichnungen ist ein Zuschlag von 5 Pf. für 5 Kilo-Pakete eine weitere Erhöhung von 10 Pf. in der ersten Zone und 15 Pf. für weitere Entfernungen vorgesehen, die sich bei Paketen über 5 Kilo auf 20 bezug. 30 Pf. erhöht. Neu herangezogen werden die Postanweisungen, die sich bei Beträgen bis 100 M. um 5 Pf., bei Beträgen über 100 M. um 10 Pf. verteuern sollen. Die Telegrammgebühren erhöht sich von 7 Pf. für das Wort abermals um 1 Pf., die Fernspreckgebühren durchweg um weitere 10%. Die neuen Gebühren sollen am 1. Oktober in Kraft treten und insgesamt einen Mehrertrag von 125 Millionen jährlich bringen.

Kriegsgewinne der Gesellschaften.

Bei den Plänen für die Kriegsgewinnsteuer hat man für jetzt von einer Erneuerung für physische Personen abgesehen und nur in Gestalt einer besonderen Gesellschaftsteuer, die Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. herangezogen. Diese freilich mit erhöhten Sätzen. Es ist ein Normalsatz von 60% vorgesehen und eine Verminderung, so daß sich bei Gewinnen unter 500 000 M. Sätze von 30, 35, 42, 48 und 54% ergeben. Der Einheitsatz von 60% wird erhoben bei Mehrerträgen von 500 000 M. vorausgesetzt, daß die Verzinsung des Grund- oder Stammkapitals mehr als 25% erreicht, und von allen Mehrerträgen, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, bei Mehrerträgen von mehr als eine Million. Hier handelt es sich natürlich nur um eine einmalige Steuer (da ja nach dem Friedensschluß Kriegsgewinne nicht noch einmal besteuert werden können). Der Ertrag wird auf 500 bis 600 Millionen geschätzt.

Die Stempelabgaben.

Es soll eine Erhöhung des Wechselstempels von 1/2% auf 1% eine Erhöhung des Zionsstempels, eine Erhöhung der Antikiensteuer von 8 auf 20% und endlich eine neue Besteuerung des Börsenumsatzes durch Erhöhung des Schlußnotensampels erfolgen, welcher letzterer gleichzeitig abgestuft wird, und zwar zwischen Kundengeschäften auf der einen und Geschäften der gewerbmäßigen Effektenhändler unter sich auf der anderen Seite. Neu ist, daß auch Reichs- und Staatsanleihen, ja sogar die Kriegsanleihen künftig dem Börsenstempel unterliegen sollen; Kriegsanleihen freilich zu noch niedrigerem Satz als die übrigen Reichs- und Staatsanleihen. Der Mehrertrag ist auf 200 Millionen veranschlagt.

Umsatzsteuer für Waren und Leistungen.

Rund eine Milliarde soll aus dieser Besteuerungsart gewonnen werden. Der Warenumsatzstempel wird von 1% auf 5% erhöht, zugleich aber sollen künftig nicht nur Waren, sondern auch Leistungen getroffen werden, also beispielsweise die Kostenaufstellungen der Ärzte und Rechtsanwälte, die Werke von Schriftstellern und Künstlern, die Zeitungsinhalte usw. In den Warenumsatzstempel ist auch eine Luxussteuer hineingearbeitet: für Luxuswaren (Juwelierwaren, kunstgewerbliche Arbeiten, Antiquitäten, Musikinstrumente, Handwagen, Land- und Wasserfahrzeuge mit Motorbetrieb, Teppiche und Pelzwerk) steigen die Sätze bis 20%.

bläsend, die er sich schalte. „Wie ist denn das möglich?“

„Sehr leicht, Goldchen, die weil ich vorhin in Person hier oben gewesen bin.“

„Ich bitte dich um Himmels willen, Kind, tu mir den einzigen Gefallen und jähre dir nicht so nach Jungenart durch die Haare!“ unterbrach sie die Großmama. „Eine schauderhafte Angewohnheit! Du kommst da nur auf die wahnsinnige Idee, dir da Haar kurz zu schneiden?“

„Ich mußte, Großmama, und ohne ein paar heimlicher Tränen ist's auch nicht abgegangen, das leugne ich gar nicht. Aber es war oft zum Verzweifeln, wenn die Köpfe morgens beim Frühstück kein Ende nehmen wollten, und Onkel Theobald draussen vor der Türe wartete und auf und ab lief vor Ungeduld und Angst, daß wir den Zug oder die Post verschäumen könnten. Und da machte ich kurzen Prozeß, als es nach Olympia gehen sollte, und griff zur Schere.“

„Nebenbei ist die Sache gar nicht so schlimm, Großmama. Mein Strunzwischel wächst wie Unkraut, und ehe du dich versiehst, ist wieder ein ganz respektabler Kopf da.“

„Da kannst du warten“, warf die alte Dame trocken ein. „Anstun, kapitaler Unsinn!“ plähte sie dann zornig heraus. „Tante Elise konnte auch besser aufpassen und den Sack verhängen!“

„Die Tante? Ach, Großmama, da sieht's erst schlimm aus! Mindestens um eine Handbreit kürzer, als dies.“ Sie zog einen ihrer Hosenringel mit einem schelmischen Lächeln in die Länge.

„Na, ihr mögt ein schönes Eigenleben führen auf euren gelehrten Touren!“ rief die alte Dame gerührt und freudig bewegt einige Tortenstücke auf dem Tischtuch zusammen. „Wie meine Schwester es fertig bringt, sich den Versuchungen ihres Mannes so unterzuordnen, das ist mir geradezu unfasslich. Wo bleibt da das Recht der Frau auf die eigene angenehme Lebensstellung?“

„Ich frage dich Greta, wie willst du es anfangen, in dem kurzen Gewirr eine Blume festzufassen, von einem Schmutzstück gar nicht zu reden? Die Rubinsterne zum Beispiel, die deiner seligen Mama so unergötzlich hängen.“

„Ach, die „Karfunkelsteine“? Die schöne Dore im roten Salon hat sie auf dem Toupet?“ fiel Margarete

Gegen die Steuerflucht.

Den Abschluß des ganzen Werkes bildet ein Deutschland völlig neues Gesetz, ein Steuerfluchtgesetz, die Abwanderung der Kapitalisten verbieten soll. Es steht zweifellos die Gefahr, daß in der Übergangszeit mittelbar nach dem Ausbrennen der scharfen Grenzkontrollen manche Kapitalisten sich an schon gelegene Steuerdes neutralen Auslandes anrücken und versuchen werden. Das Gesetz bestimmt, daß alle abwandernden Personen künftig noch für 5 Jahre steuerpflichtig gegenüber Reich, den Bundesstaaten wie den Kommunen bleiben verpflichtet sind, eine 20%ige Sicherheit von ihrem Vermögen bei der Abwanderung zu hinterlegen, den angebotenen Strafen kommt im Falle der Steuerflucht die Ausbürgerung und Ausweisung hinzu, die sich auf Frauen und Kinder erstreckt und auch diesen für Zeit die Rückkehr in die alte Heimat unmöglich machen würde.

Halbjahresbilanz.

Unsere Oberste Heeresleitung ist geblüht. Die Banken, die eben jetzt, eine nach der anderen, ihre Abschlüsse veröffentlichten und dabei Umsätze und Gewinnaussweisen, die sich selbst vor dem anspruchsvollsten Laien ausweisen können, waren vor einiger Zeit dazu gegangen, schon von Halbjahr zu Halbjahr über den Geschäftsgang zu berichten, um so der Allgemeinheit ein superlativisches Bild in den Stand unserer Wirtschaft zu ermöglichen.

In Anlehnung an dieses Verfahren wird dem dem Volke jetzt auch eine Rechnung aufgemacht über den Gang und den materiellen Wert der Heute, um die in der Zeit vom 15. Oktober 1917 bis zum 15. April 1918 unsere Feinde erleichtert haben. Da marschieren auf, denen die Bestmächte mitant ihren großen kleinen Millionen wahrhaftig nichts an die Schellen haben. So hören wir z. B. von 20 000 Maschinen und 8000 Eisenbahnwagen; jene ein fetter für den Bedarf des Feldsoldaten, diese eine Bombe den Ober des Feldbesitzes, der einen so und so gewaltigen Zuwachs an Frachtraum seinen Besitz gewiß als ein Geschenk des Himmels eingerechnet. Aber was wollen selbst diese Ziffern bedeuten? Der Tatsache, daß der Wert der Geschütze, Artilleriemunition, die wir in diesem Winterhalbjahr der Hand des Gegners empfangen, auf weit über Milliarden Mark berechnet werden kann! Wie viele Gewinner hätten sich an diesen Aufträgen bereichert, dieses Material in unseren heimischen Werkschöpfungen gewesen wäre, wie viele Arbeitskräfte haben dadurch erlitten, daß unsere Feinde die Güte hatten so reichlich mit dem allernotwendigsten Kriegsbedarf versehen! Aber auch die ungezählte — weil unzählige — Beute an Pioniergerät jeder Art, an Handfeueran Gasmasken ist nicht zu verachten, und uns an Bekleidungs- und Verpflegungsmitteln in Rußland, Italien und Nordfrankreich in Sand gefallen ist, das läßt sich erst recht nicht abschätzen. Man kann nur sagen: es sind abermals Milliarden um die wir die Kriegskosten unserer Gegner erleichtert haben. Und auch damit noch nicht genug: Frankreich war so freundlich, uns mit Gummi und Kupfer so zu versorgen, daß unser Heeresbedarf an diesen beiden lebenswichtigen Rohstoffen auf ein volles Jahr ist. Kann man noch mehr verlangen? Um den Wintermonate die deutsche Heimat von ihrer Belastung zu den Kriegskosten entlastet, und mit stolzer Haltung stellt die Oberste Heeresleitung fest, daß die Kriegführung der Mittelmächte außerordentlich günstig die Sommeroffensive des Jahres 1918 eintreten konnte.

In dem Augenblick also, da wir unsere achte Anleihe unter Dach und Fach zu bringen im Begriffe stehen, wie vor der Welt die erfreuliche Tatsache, daß wir eigentlich schon bei der neunten Kriegshälfte

ledigst fragend ein.

„Ja, Greta, dieselben“, bestätigte der Rat, der sich bis dahin schweigend verhalten hatte, eben ein Glas Champagner rasch geleert hatte. „Stelle der Großmama. Er war erbläht, aber Augen glühten ihm unter der Stirn, und seine umklammerten das Glas, als wollten sie es in den zerdrücken.“

„Ich habe dich herzlich lieb, und will dir geben, was dein Herz verlangt.“ Die Rubinsterne schlug dir aus dem Sinne — ich lebe, kommen sie in kein Frauenhaar mehr.

Die Frau Amtsrätin fuhr sich mit dem Tuche über die Augen und sah mit traurig gesenktem Haupte in ihren Schoß nieder. „Ich begreife dich, lieber, lieber Waldin“, sagte sie mitfühlendem Ton. „Du hast Janny aufzusehen.“

Ein bitteres Lächeln lag über sein Gesicht, er hob die breiten Schultern, als wollte er eine lose innere Angewohnheit abschütteln. Klirrend stieß Glas auf den Tisch und ging mit dröhnendem Ton in das Nebenzimmer, die Tür hinter sich zu.

„Armer Mann!“ sagte die Frau Amtsrätin laut und beschattete einen Moment mit der Hand umflorten Augen. „Ich bin untröstlich über Ungeheuerlichkeiten — ich hätte nicht an diese Wunde träumen sollen! ... Und gerade heute er so heiter, ich möchte sagen, stolz glücklich. Jahren habe ich ihn zum erstenmal wieder sehen ... Ach ja, es waren aber auch wieder ein paar himmlisch schöne Stunden, unvergessen und beglückend! ... Ach, dieser tolle Teufel, Sieb mal, Herbert, diese weiße Teufelskerlheit aus Luxemburg, wie mir Fräulein von bened sagte. Der Herzog hat sie ganz extra in Pringenhof kommen lassen.“

Der Herr Landrat nahm die Rose, er ihren Bau, prüfte den Duft und gab sie seiner zürst, ohne eine Miene zu verzeihen.

Wer sah diesem Mann an, daß er einst ein weißer Rose mit einer Wut und Blut, als sei sich wahrhaftig geworden, gerandt und verteidigt um keinen Preis wieder herauszugeben konnte?

Postfach

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von E. Marlitt.

23) Nachdruck verboten.

„Ja, sie ist noch recht gewachsen“, meinte die Großmama, die an Reinholds Arm langsam nachkam. „Mußt du nicht auch lebhaft an Jannys Buge und Erscheinung denken, Waldin?“

„Nein, ganz und gar nicht! Die Greta hat ein echtes Vampgesicht“, entgegnete er, und seine Stirn verfinsterte sich.

Draußen im großen Salon stand Tante Sophie an einem Seitentisch und zählte das gebrauchte Silberzeug in einen Korb. Sie lachte über das ganze Gesicht, als Margarete auf sie zusagte. „Dein Weib steht bereit, auf dem nämlichen Platz, wo du als Kind alle deine lustigen und dummen Streiche verschlafen hast“, sagte sie. „Und in der Hofstube nebenan ist's auch ganz buschelig und gemütlich, wie du's immer gern hattest.“

„Also ein Komplott!“ meinte die Frau Amtsrätin mit scharfer Rüge. „Tante Sophie war die Vertraute, und wir anderen mußten uns bescheiden, bis der große Moment gekommen war! Aber deine Heimkehr jetzt hat so gut wie gar keinen Zweck — der Hof geht in den nächsten vierzehn Tagen nach M. zurück! Von einer Vorstellung wird kaum noch die Rede sein können.“

„Sei du froh, liebe Großmama! Du würdest doch keine Ehe mit mir einlegen ... Deshalb bin ich ja aber auch gar nicht gekommen, Großmama; der Weihnachtsbaum hat mir's angetan, Weihnachten drunten in der Wohnstube! Ich will wieder jene Vorbereitungsabende durchleben, da es draussen stürmt und schneit und drin in der warmen Stube die Rüsse auf dem Tische rasseln, das Blattgold herumfliegt und aus der Küche der Duft von selbstgebackenen Krugeln und allerhand unbestimmbarem Wundergetriebe durch die Schlüssellocher und Türspalten zieht.“

„Künder!“ schalt die Frau Amtsrätin ärgerlich. „Schäme dich, Greta! Du kommst ja nicht um ein Haar gebessert zurück!“

„Ja, das sagte Onkel Herbert auch schon.“

„Was — du hast den Onkel schon gesprochen?“

„Ja, Reinhold, sehr erheitert von der Birne auf-

**4 überzählige
Pferde**
und einige 3göllige
Langholzwagen
zu verkaufen.
Gustav Berger & Cie.
Ladenburg.

Vanillin-Zucker
im Paket zu 15 Pf.
zu haben bei
Karl Tschubach, Drogerie
Hachenburg.